

## Darstellung Abstimmung in FS-12



48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 02.09.2022

### Antragstext

1 Der russische Angriff auf die Ukraine ab dem 24. Februar 2022 markiert einen historischen  
2 Einschnitt für unsere Friedensordnung in Europa. Vladimir Putin zeigt uns mit diesem  
3 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in aller Deutlichkeit, welche Ziele er verfolgt: Er führt  
4 sein imperialistisches Machtstreben fort und will den Integrationsprozess in Europa  
5 zurückdrehen. Die freie, demokratische Lebensweise in unseren offenen Gesellschaften sieht  
6 er als Bedrohung der eigenen Machtbasis. Die auf dem Selbstbestimmungsrecht beruhende  
7 regelbasierte internationale Ordnung hat er aufgekündigt. Als Demokrat\*innen verteidigen die  
8 Ukrainer\*innen in diesem Krieg daher nicht nur ihr eigenes Territorium, sondern die Freiheit  
9 aller, die in Frieden und Freiheit, in Würde und einer multilateralen, auf  
10 Gleichberechtigung und dem Völkerrecht fußenden internationalen Ordnung leben wollen. Wir  
11 stehen in voller Solidarität an der Seite dieser mutigen Menschen und der Ukraine. Wir  
12 unterstützen sie entschlossen gegen die Aggression Russlands, die sich auch gegen uns selbst  
13 und unsere Art zu leben richtet. Ein Erfolg Putins wäre eine globale Ermutigung für das  
14 Recht des Stärkeren und ein Zurückdrängen der Stärke des Rechts.

15 Die Herausforderung, die Russland für uns bedeutet, nimmt das geeinte Europa an und leitet  
16 dringend notwendige Kurskorrekturen in der eigenen Politik ein. Die Europäische Union und  
17 ihre Mitgliedstaaten haben schnell, geschlossen und mit Klarheit auf die Aggression des  
18 Kremls reagiert. Wir haben Sanktionen erlassen und den Ausstieg aus russischen Fossilien  
19 beschleunigt. Wir leisten humanitäre Hilfe und stellen die unbürokratische Aufnahme von  
20 Geflüchteten sicher. Wir liefern Waffen und bilden ukrainische Soldat\*innen aus. Wir haben  
21 die eigenen militärischen Kapazitäten gestärkt und den Schutz der Mitgliedsstaaten an den  
22 östlichen Grenzen gesteigert. Wir haben einstimmig für einen EU-Kandidatenstatus der Ukraine  
23 und Moldau gestimmt – und unterstützen die Aufnahme Finnlands und Schwedens in die NATO.

24 Der russische Angriffskrieg in der Ukraine führt uns vor Augen, wie fatal es ist, wenn wir  
25 uns von Autokraten und außenpolitisch aggressiven Akteuren abhängig machen. Und wir stellen  
26 fest, wie existentiell eine ausreichende zivile und militärische Wehrhaftigkeit ist. Deshalb  
27 liefern wir Waffen an die Ukraine und wollen das auch weiterhin verstärkt tun, wo nötig auch  
28 aus den Beständen der Bundeswehr und der Industrie. Zur Wehrhaftigkeit gehört auch unsere  
29 Mitgliedschaft in der NATO. Mit ihrer Beistandsverpflichtung garantiert sie als  
30 multilaterales Verteidigungsbündnis unverzichtbaren Schutz für die gemeinsame Sicherheit  
31 Europas und unserer Verbündeten.

32 Gleichzeitig werden wir von unseren tiefsten Überzeugungen als Friedenspartei nicht  
33 abrücken. Auch wenn militärische Mittel aktuell zur Verteidigung des Friedens und zur  
34 Solidarität mit den Menschen in der Ukraine unausweichlich sind, stehen wir im Sinne einer  
35 feministischen Außenpolitik langfristig für die Prinzipien von Abrüstung und  
36 Demilitarisierung sowie den Vorrang des Zivilen ein. Feministischer Außenpolitik liegt die

37 Überzeugung zugrunde, dass Geschlechtergerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe  
38 Voraussetzungen für nachhaltigen Frieden und Sicherheit in der Welt sind. Unsere Bemühungen  
39 zur Stärkung von Initiativen zur atomaren Abrüstung und zur Rüstungskontrolle müssen wir  
40 gerade in diesen stürmischen Zeiten erhöhen. In unserem Streben nach einer Welt ohne  
41 Atomwaffen werden wir nicht nachlassen.

42 Die Erschütterungen durch den russischen Angriff sind global und vergrößern vielerorts das  
43 Leid von Millionen unschuldiger Menschen. Putins Aggression hat über einen drastischen  
44 Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise zu einer beispiellosen Ernährungs- und  
45 Versorgungskrise weltweit, insbesondere jedoch in den Staaten des Globalen Südens geführt.

46 Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen schätzt die Zahl der Menschen, die  
wegen  
47 fehlender Nahrungsmittel in Lebensgefahr oder Existenznot geraten, in diesem Jahr auf 323  
48 Millionen. Davon sind 47 Millionen Menschen allein durch Russlands Krieg in der Ukraine  
49 hinzugekommen.

50 Diese Entwicklung verschlimmert die soziale und wirtschaftliche Situation gerade in den  
51 Staaten, die bereits durch die Klimakrise mit großen Versorgungskrisen zu kämpfen haben, und  
52 erhöht das Risiko interner Konflikte. Diesem perfiden Versuch Putins, die Weltgemeinschaft  
53 zu spalten, müssen wir mit verstärkter Kooperation zwischen den Demokratien und mehr  
54 multilateralem Engagement bei der Bewältigung der globalen Krisen entschieden  
entgegenzutreten

55 – insbesondere in den Bereichen Klimaschutz und Energie, Ernährung und Konfliktbearbeitung.  
56 Denn die weltweite Sicherheit hängt nicht vom simplen „für oder gegen“ Russland und China  
57 ab, sondern von der Frage, wer das Völkerrecht und damit die Gleichberechtigung aller  
58 Staaten als Grundlage für die internationale Friedensordnung akzeptiert, respektiert und  
59 verteidigt; und welche Staaten stattdessen auf eine Politik des Großmachtstrebens setzen.  
60 Als Grüne treten wir entschlossen für die in der Charta der Vereinten Nationen verankerten  
61 Prinzipien des internationalen Rechts ein. Wir werden es nicht zulassen, dass Freiheit durch  
62 Unterdrückung, Demokratie durch Diktatur und Würde durch Erniedrigung ersetzt werden.

63 Der Erhalt der internationalen Friedensordnung kann nach dem Angriff Russlands auf die  
64 Ukraine nur dann gelingen, wenn wir uns klar auf die Prinzipien einer wertegeleiteten  
65 Außenpolitik sowie eines breiten, modernen Sicherheitsbegriffs verständigen – und auch  
66 danach handeln. Dieser Sicherheitsbegriff muss das Digitale zum Schutz unserer Demokratie  
67 vor Destabilisierungsversuchen von Staaten wie Russland umfassen. Und er muss die  
68 menschliche Sicherheit im Mittelpunkt haben. Grüne Friedenspolitik heißt, sich genau dieser  
69 Prinzipien immer wieder zu vergewissern, sie im Angesicht der Bedrohung der globalen  
70 Friedensordnung zu schärfen und sich in der Regierung für ihre Umsetzung einzusetzen.